

# Liberaler Sozialpolitik

Unsere **liberale Sozialpolitik** strebt nach **Chancen- und Leistungsgerechtigkeit**, unabhängig von der sozialen Herkunft. Im vergangenen Jahr engagierten wir uns aktiv für die Förderung von **Chancengerechtigkeit und Selbstbestimmung**. Wir setzten uns entschieden für die Stärkung der Teilhabe benachteiligter Bürgerinnen und Bürger ein. Um den vielen freiwilligen Engagierten in unserem Land Anerkennung und Wertschätzung entgegen zu bringen, haben wir uns für die Erprobung und **Einführung der Ehrenamtskarte** stark gemacht. Zudem setzten wir uns für die Etablierung moderner Konzepte in der **Kinder- und Jugendhilfe** ein, betonten die Anerkennung von **Familienpolitik** als zukunftsweisende Politik und engagierten uns für eine **aktive Seniorenpolitik**, die das Selbstbewusstsein im Alter fördert.

Der **Liberaler Seniorentag 2024** widmete sich dem **Potenzial von technischen Assistenzsystemen**. Viele Menschen wünschen sich auch im fortgeschrittenen Alter ein selbstbestimmtes Leben in den eigenen vier Wänden – auch dann, wenn sie aus gesundheitlichen Gründen auf Unterstützung angewiesen sind. Gemeinsam mit Wissenschaftlern und Experten aus der Praxis diskutierten wir über die vielfältigen Möglichkeiten technischer Assistenzsysteme: Von einer erhöhten Sicherheit und einem verbesserten Komfort im häuslichen Umfeld, einer gesteigerten geistigen und körperlichen Fitness, über Kontaktpflege bis hin zur Entlastung der Angehörigen und einer Reduzierung der Pflegekosten. Zudem konnten einige innovative Produkte in unserer „Hands-On-Ausstellung“ selbst getestet werden.

Ebenso lag unser Engagement im Bereich der **Gesundheitspolitik**. Wir haben daher gefordert, dass die Landeskrankenhausplanung inklusive einer neuen Finanzierungsgrundlage für die Kliniken und der Setzung von definierten Schwerpunkten novelliert und überarbeitet wird. Wir setzten uns für die Erhaltung der Versorgungsstrukturen durch die Apotheken und die zuverlässige Medikamentenversorgung ein. Das bedeutet auch eine Reform der Honorierung. Ein klares Bekenntnis zum Wettbewerb zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung ist für uns Freie Demokraten wichtig. Nur mit einem dualen System schaffen wir die wichtigen Impulse eines innovativen Gesundheitswesens. Zudem wollen wir die Freiberuflichkeit der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte stärken und zugleich Angebotsformen weiterentwickeln, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen und den Wünschen insbesondere jüngerer Ärztinnen und Ärzte berücksichtigen. Dazu gehört auch, dass Digitalisierung und Telemedizin als zukünftige Bestandteile der Regelversorgung gestärkt und sektorenübergreifende Modelle vorangebracht werden müssen ohne niedergelassene Fachärzte infrage zu stellen.

In diesem Jahr lag ein Fokuspunkt beim Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz und bei der **geplanten Schließung von Notfallpraxen** und der damit verbundenen **ärztlichen Versorgung vor allem im ländlichen Raum**.

### ANSPRECHPARTNER



**Nikolai Reith Mdl**

Sprecher für Sozialpolitik

nikolai.reithk@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9290



**Rudi Fischer Mdl**

Sprecher für Seniorenpolitik

rudi.fischer@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9310



**Jochen Haußmann Mdl**

Sprecher für Gesundheitspolitik

jochen.haussmann@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9320



**Johanna Molitor**

Parlamentarische Beraterin

johanna.molitor@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9024



**Sarah Wehinger**

Parlamentarische Beraterin

sarah.wehinger@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9045

# Reform des ärztlichen Bereitschaftsdienstes

Die Notfallpraxen sind ein zentraler Bestandteil der Notfall- und Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg. Im Rahmen der Reform des ärztlichen Bereitschaftsdienstes plant die Kassenärztliche Vereinigung BW jedoch die Schließung von 18 Notfallpraxen.

Besonders besorgniserregend ist, dass die geplante Schließung von 18 Notfallpraxen ab 2025 erhebliche strukturelle Veränderungen im ärztlichen Bereitschaftsdienst zur Folge haben wird. Viele bewährte Standorte sollen aufgegeben werden, weil in Zukunft nur noch Notfallpraxen an Kliniken vorgesehen sind. Es ist absehbar, dass der ländliche Raum zum Leidtragenden dieser Reform wird und die Krankenhäuser, insbesondere in den Städten, noch stärker belastet werden. Lange Anfahrtswege und überfüllte Notaufnahmen könnten damit zur neuen Realität werden. Wir setzen uns aktiv gegen eine weitere Verschlechterung der medizinischen Versorgung in Baden-Württemberg ein.

Daher fordern wir Freie Demokraten die Einberufung eines Notfall-Gipfels, um ein tragfähiges Konzept und die daraus resultierenden Maßnahmen gemeinsam mit den Krankenhäusern, Rettungsdiensten, kommunalen Vertretern sowie der Ärzteschaft abzustimmen und umzusetzen. Darüber hinaus müssen wir aber auch innovative Lösungen entwickeln, um die Kliniken und Praxen im Land nachhaltig zu entlasten. Wir setzen uns für den verstärkten Einsatz digitaler Technologien ein, um die vorhandenen personellen und strukturellen Ressourcen effizienter zu nutzen. Insbesondere Rettungsdienste, Notfallversorgung sowie die ambulante Versorgung im ärztlichen Bereitschaftsdienst müssen digital vernetzt sein. Auf Bundesebene plädierten wir zudem dafür, den ärztlichen Bereitschaftsdienst von der Sozialversicherungspflicht zu befreien, um wieder vermehrt sogenannte Poolärztinnen und Poolärzte einsetzen zu können und damit den Personalmangel abzumildern.

## ARBEITSKREIS

Soziales

## ANSPRECHPARTNER

Nikolai Reith MdL

Rudi Fischer MdL

Jochen Haußmann MdL

## INITIATIVEN

- » Veräußerung von medizintechnischen Geräten durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg [Drucksache 17/7837](#)
- » Ehrenamtskarte Baden-Württemberg nach der ersten Erprobungsphase [Drucksache 17/7364](#)
- » Struktur und Zielgenauigkeit von Förderprogrammen im Sozialministerium [Drucksache 17/7150](#)
- » Entwicklung der Regressforderungen gegenüber Hausärztinnen und Hausärzten [Drucksache 17/7082](#)
- » Gesundheitspolitische, gesellschaftliche und (schul-)politische Herausforderungen durch die Erkrankung Myalgische Enzephalomyelitis/Chronisches Fatigue-Syndrom (ME/CFS) [Drucksache 17/6880](#)
- » Evaluation des Masterplans Jugend bezüglich Schul- und Jugendsozialarbeit [Drucksache 17/6809](#)
- » Suchtberatung und Suchtprävention in Baden-Württemberg [Drucksache 17/6632](#)
- » Aktueller Stand der Zielsetzung zur Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) [Drucksache 17/6518](#)
- » Krankenhausstruktur- und Transformationsfonds in Baden-Württemberg [Drucksache 17/6455](#)
- » Medizinischer Dienst Baden-Württemberg (MD) [Drucksache 17/6255](#)